

# Keynes ganz in Grün

Frankfurter Rundschau  
Deutlich. Schärfere.

29. Mai 2009,  
Seite 20

Umweltexperten fordern ein weiteres Konjunkturprogramm – diesmal ökologisch

Von Joachim Wille

Umwelt- und Finanzexperten fordern für Deutschland ein weiteres, stärker ökologisch ausgerichtetes Konjunkturprogramm. Zur Finanzierung schlagen sie eine Renaissance der Ökosteuern vor.

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), das historisch größte globale Ausgabenprogramm. Fazit: „Umwelt-Vorreiter“ Deutschland liegt mit einem grünen Anteil von 13 Prozent weit hinten, während es bei den USA 16 Prozent, beim Schwellenland Südkorea gar 70 Prozent sind.

Der FÖS-Vorsitzende Anselm Görres, ein Unternehmer aus München, folgert daraus: „Die Bürger dürfen erwarten, dass die Belastung des Weltklimas durch die Investitionen gesenkt und nicht erhöht wird.“ Ein neues Konjunkturprogramm von 50 Milliarden Euro müsse gezielt erneuerbare Energien, Energiesparen und umweltverträglichen Verkehr ausbauen.

Görres moniert, in den Konjunkturprogrammen eins und zwei – zusammen 107 Milliarden Euro – gebe es nur wenige ökologisch durchweg positive Investitionen, wie die Aufstockung der Mittel für die Wärmedämmung. „Am mutlosesten fiel der Verkehrsteil aus“, klagt Görres. Die Öko-Reform der Kfz-Steuer bringe kaum etwas, zu wenig Geld fließe in den Ausbau von Bahn und Bus.

Die Abwrackprämie bewertet der Verband als „keynesianisch stark, aber ökologisch schwach“. Sie habe die Autobranche stabilisiert und finanziere sich durch die anfallende Mehrwertsteuer teils selbst. Doch nicht die Zerstörung fahrtüchtiger Pkw, sondern der Umstieg auf Neuwagen mit niedrigerem CO<sub>2</sub>-Ausstoß sei zu fördern. Görres schlägt vor, die Prämie im Herbst erneut zu verlängern. Auch Besitzer von Altautos, die jünger als neun Jahre sind, sollten beim Neukauf eine Prämie von 1500 Euro er-



Abwracken alleine hilft der Umwelt nicht.

DPA

## ÖKOLOGISCHE FINANZWIRTSCHAFT

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) ist eine Vereinigung von Finanz- und Umweltexperten, die Konzepte für die umweltgerechte Umgestaltung des Finanzwesens entwickeln. Gegründet wurde es 1994.

Im Beirat des Vereins sitzen renommierte Experten wie die Professoren Ernst Ulrich von Weizsäcker,

Hans-Christoph Binswanger und Norbert Walter sowie die Ex-EU-Kommissare Franz Fischler und Yannis Paleocrassas.

Am heutigen Freitag führt das FÖS in Berlin seine Jahrestagung durch. Dort verleiht es den von ihm gestifteten Adam-Smith-Preis an den EU-Direktor Jos Delbeke, der als Vater des Europäischen Emissionshandels gilt.

halten, „wenn das neue Auto 25 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausstößt als das alte“. Eine Obergrenze soll deutlich unter 200 Gramm pro Kilometer liegen. „Ein Umsteigen vom Porsche Cayenne Turbo (358 Gramm) auf einen Cayenne Diesel (244 Gramm) darf nicht gefördert werden.“

Ein „grüner Keynesianismus“ müsse auch „grüner“ finanziert werden – durch höhere Steuern auf Energie- und Umweltverbrauch. Alle anderen Möglichkeiten, wie der Staat die Verschuldung wieder abbauen könne, hätten gravierende Folgen. Görres: „Eine Mega-Inflation oder eine Währungsreform erzeugen schwere soziale Verwerfungen. Höhere Mehrwert-, Firmen- oder Einkommensteuern wiederum schaden der Konjunktur.“ Allmählich ansteigende Umweltsteuern seien der intelligente Ausweg. Bislang stammen in Deutschland laut FÖS nicht einmal zehn Prozent des Gesamtabgabenaufkommens aus der Besteuerung von Umwelt- und Ressourcen (etwa Mineralölsteuer), zwei Drittel aber aus der Belastung des Faktors Arbeit.

### Diesel soll teurer werden

Vorteile einer Ökosteuern-Lösung sind für Görres, dass sie Bürger und Unternehmen zum sparsamen Umgang mit Energie anregt, klimafreundliche Technologien fördert und zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen lässt. „Je teurer Energie wird, desto mehr rechnen sich volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionen auch für Haushalte und Unternehmen.“ Zudem: Wer auf ein sparsames Auto umsteigt, senke seine Steuerlast.

Konkret schlägt der FÖS-Chef vor, die Kfz-Steuer für klimaschädliche Fahrzeuge deutlich anzuheben und auch die Dienstwagen-Besteuerung nach der Klimabelastung zu staffeln. Zudem sei die Dieselsteuer in drei Schritten an die von Benzin anzugleichen; sie liegt derzeit 18 Cent pro Liter niedriger. „Damit ließen sich grüne Konjunkturprogramme, aber auch die Steuerfreiheit der Krankenkassenbeiträge teilweise gegenfinanzieren“, regt Görres an.